

**TOP: Ö 7.4**

**VO-Nr.: 101/2023**

Neubau der Landesstraße L 98, Ausbau und Verlängerung der Gerostraße,  
vierarmiger Knotenausbau

Beschluss der Vorzugsvariante

---

**Einreicher:** Oberbürgermeister  
Geschäftsbereich BM, Fachbereich VII

**7.4.1 Ergänzung zur Beschlussvorlage 101/2023 – Neubau der Landesstraße L 98, Ausbau und Verlängerung der Gerostraße, vierarmiger Knotenausbau**

**Einreicher:** Faktion AfD

**Anlage 5** Vorlage 101/2023

**Anlage 5 a** Ergänzungsantrag 154/2023

V o r t r a g zum Ergänzungsantrag 154/2023:

Herr Tonn: Er nehme Bezug auf die Umgestaltung des Nicolaiplatzes, die bei den Bürgern hinterher Ernüchterung und auch Verwunderung ausgelöst hatte. Bei der Spange Gerostraße hoffe er, dass man hier nicht in eine „Sackgasse“ der Verkehrsbehinderung gerate, wie beim Nicolaiplatz. So könne man doch zumindest eine Fläche schaffen, die noch Möglichkeiten biete, auf der mehr Parkplätze entstehen könnten, statt eines Grünstreifens. Schließlich fordere die Bürgerschaft der Stadt mehr Parkplätze.

Nun sei es schwer gewesen, kurzfristig eine Mehrheit für diesen Antrag zu finden. Daher gebe man **zu Protokoll:**

*Die Verwaltung werde darum gebeten, die Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen zu prüfen, z. B. auch quer zur Fahrbahn.*

Denn dass in der Stadt Parkplätze benötigt würden, wisse man nicht erst seit dem Ergebnis der Bürgerumfrage, sondern man höre es ständig von den Bürgerinnen und Bürgern.

Der **Ergänzungsantrag** werde hiermit **zurückgezogen**.

**Aussprache:**

Herr Riethmüller: Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (ASUV) habe es zur Vorlage eine längere Diskussion gegeben. Dabei sei es u. a. auch darum gegangen, *dass die Planung des Neubaus der Spange Gerostraße für die nächste Leistungsphase bei den Planern so anzuweisen sei, dass die Abbiegespuren einmal in die Bergstraße und darüber hinaus in die Brielower Straße komplett dreispurig durchzugehen haben und dadurch die Mittelinsel wegfallen*. Das wolle er **zu Protokoll** geben, damit dieser Punkt in den weiteren Planungsphasen nicht vergessen werde. Dass dann noch Varianten vorgelegt werden müssen, sei natürlich klar.

Frau Jacobs: Sie habe zunächst einmal eine Frage an das Rechtsamt unter Bezugnahme auf die letzte Sitzung der SVV, in der der Einreicher auch einen Antrag habe zurückziehen wollen, das Rechtsamt jedoch gesagt habe, dass das gar nicht möglich wäre. Wie verhalte es sich nun im vorliegenden Fall?

Trotzdem die Variante 1 die Vorzugsvariante der Verwaltung und auch des ASUV sei, wolle sie anmerken, dass die Fahrradsituation dabei „suboptimal“ sei. Anhand der Karte könne man erkennen, dass der Radverkehr an einer sehr stark befahrenen Straße entlang führe und dann auch wieder auf die Straße geleitet werde. Dies sehe sie als sehr riskant an bezogen auf die Schulkinder. Vor dem Netto-Parkplatz würde der Radweg mit der Fahrbahn vereint. Hierzu – sie befürchte die Entstehung eines Unfallschwerpunktes - hätte sie gerne eine Erklärung von Seiten der Verwaltung.

Herr Paaschen: Der Ergänzungsantrag müsse tatsächlich formal zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Brösicke: Zum Thema der Verkehrsinsel habe Herr Müller im HA erklärt, dass es selbstverständlich das Ziel sei, es den Autofahrern dort so schwer wie möglich zu machen. Hier müsse Herr Brösicke ganz klar sagen: Das könne nicht das Ziel sein in der Stadt Brandenburg an der Havel. In der Stadt gebe es nun mal Verkehr. Dieser müsse sicher und vernünftig gelenkt werden. Mit der Verkehrsberuhigung der Altstadt würden nur gewisse Partikularinteressen bedient werden. Insofern wäre es gerade beim Bau der Spange Gerostraße wichtig, dass der Verkehr nicht vor andere Haustüren verlagert, sondern für einen guten Verkehrsfluss gesorgt werde. Die Stadtverordneten sollten das Bauvorhaben somit sehr eng begleiten und immer „ein Auge darauf haben“.

Herr Nowotny: Flüchtig betrachtet komme es ihm wie „Flickschusterei“ vor. Damit meine er nicht die vorgelegten Planungsunterlagen, sondern die entstehende Gesamtsituation. Die Hauptursache dafür sehe er in der scheinbaren Unmöglichkeit, eine Ostumfahrung in der Stadt zu organisieren. Diese wäre etwas utopisch, aber grundsätzlich müsse man sich doch zumindest dem Gedanken nähern, dass das eigentlich die bessere Lösung gewesen wäre.

Die Verkehrsberuhigung an bestimmten Stellen sei stets damit verbunden, dass ein Mehrverkehr an anderen Stellen entstehe – so auch im vorliegenden Fall. Vielleicht stünden in der nächsten Einwohnerfragestunden dann die Anwohner der W.-Sänger-Straße. Die Streckenverlängerung (Kreuzung Krakauer Straße/Grillendamm) betrage 5 km mehr als der direkte Weg über den Dom. Damals habe die Verkehrszählung 13.000 Fahrzeuge pro Tag ergeben. Nun tue man so, als wäre die Spange die Lösung; sie sei aber ein Vehikel.

Die Variante 1 halte die Fraktion in der Tat für die beste Lösung. Für die Detailplanung stehe noch erheblich viel Arbeit an (z. B. nicht eine Straßenbreite von nur 6,50 m). Hier lasse sich auch der Ergänzungsantrag der AfD einordnen, d. h. dass man darüber mal nachdenke und es nicht einfach so abweise. Schließlich greife man als Stadt ein in den Verkehr und man werde viele Bürger haben, die mit dieser Variante nicht ganz einverstanden seien. Deswegen sollten die Stadtverordneten alles dafür tun, um die Detailplanung so vorzulegen, dass sie auch eine vernünftige Akzeptanz bei der Bevölkerung finde.

Frau Lang: Sie könne sich den Ausführungen von Frau Jacobs anschließen und teilweise auch denen von Herrn Nowotny. Natürlich handele es sich um einen Eingriff – im Moment funktioniere es aber auch. Wenn sie aber sehe, was an Grünflächen verlorengelange und was an Versiegelung dazukomme – und hier ordne sie auch den Antrag der AfD ein -, dann müsse sie auf den Klimawandel hinweisen. Der Sommer werde wieder heiß werden und dennoch schaffe man als Stadt Flächen, die noch zusätzlich aufheizen. Der Zweck der Verkehrsberuhigung stehe aus ihrer Sicht noch in Frage und auch von den Verkehrsplanern sei dies in den letzten Plänen in Frage gestellt worden.

Der eigentlich zu erzielende städtebauliche Gewinn wäre bei der aktuellen Planung auch nicht zu erkennen. Es gebe hier eine Schule mit einer großen Straße davor und natürlich mit mehr Verkehr, der dann aber nicht mehr so entzerrt sei, wie derzeit. Von daher könne sie dieser Planung mit der Spange nicht zustimmen.

Frau Kornmesser: Die SPD-Fraktion werde heute der Vorzugsvariante zustimmen. Allerdings gehe es der Fraktion auch um die Praktikabilität für die Bewohner der Altstadt, d. h. dass diese auch ohne riesige Umwege in ihre Quartiere gelangen können. Im HA sei dazu gesagt worden, dass man aus Richtung Bäckerstraße kommend weiterhin geradeaus in die W.-Sänger-Straße fahren könne sowie umgekehrt. Des Weiteren sei im HA erklärt worden, dass die eigentliche Spange breiter werden soll im Rahmen der Ausführungsplanung, um den Verkehrsfluss entsprechend zu generieren.

Unter der Maßgabe dieser zwei Zusagen werde die Fraktion hier heute zustimmen.

### **Geschäftsordnungsantrag:**

Herr Langerwisch: Er beantrage das Ende der Rednerliste.

Herr Paaschen: Auf der Rednerliste stünden noch Frau Marx, Herr Schaffer, Herr Dietrich, Herr Müller (wobei Herr Müller jederzeit als Vertreter der Verwaltung dazu etwas ausführen könne).

### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste:**

mehrheitliche Zustimmung

Der Geschäftsordnungsantrag wurde angenommen.

Frau Marx: Die geäußerten Meinungen zeigen eigentlich, dass die Vorlage in den Ausschüssen bisher alles andere als ausreichend beraten werden konnte. Auch das in der lokalen Presse zu Lesende weiche zum Teil von dem ab, was in der Vorlage stehe. Zudem sei der Ursprungsbeschluss, der dazu geführt habe, dass sich die Stadtverordneten heute mit dieser Vorlage beschäftigen, nur zu einem kleinen Teil umgesetzt. Es fehle insbesondere die städtebauliche Lösung, die eigentlich parallel erfolgen sollte, sowie das Begleitgremium, wo z. B. auch die anliegende Schule ein Mitspracherecht wahrnehmen könne. Zwar habe vorab eine Bürgerbeteiligung stattgefunden, dennoch entspräche das nicht dem seinerzeit Beschlossenen.

Im ASUV habe sie die Einberufung des Verkehrsforums beantragt. In diesem würde nämlich sehr detailliert und von allen alles nochmals mit Fachleuten besprochen werden können. Sie hoffe auf eine zeitnahe Umsetzung von Seiten der Verwaltung. Der amtierende Vorsitzende werde sich diesbezüglich bestimmt entsprechend in Verbindung setzen. Daher werde die Fraktion heute der Vorlage auch nicht zustimmen.

H i n w e i s des SVV-Vorsitzenden:

Herr Paaschen: Die Vorlage sei entstanden auf Grundlage eines SVV-Beschlusses und in einem Gremium – in diesem seien alle Fraktionsvorsitzenden bzw. Vertreter anwesend gewesen – sowie in zwei Ausschüssen beraten worden. Die Ausschüsse hätten einstimmig empfohlen, dieser Vorlage mit den von Herrn Riethmüller vorgetragenen Änderungen zuzustimmen.

Herr Schaffer: Auch er erinnere an den seinerzeit gefassten Beschluss, mit dem man das Thema „Altstadt“ im Fokus haben, aber auch dem fließenden Verkehr sowohl für Autos als auch für Radfahrer gerecht werden wollte. In den Gremien habe man sich auf die Vorzugsvariante 1 verständigt. Bekannt sei doch allen, dass es dort mit Sicherheit weitere Beteiligungen geben werde und bestimmte Dinge nochmals zur Sprache kommen müssen (Parkplätze, Querungen). Die CDU habe diesbezüglich auch eine breite Trasse gefordert (nicht nur 6,50 m).

Insofern müsse er sagen, es werde schon wieder im Voraus über Dinge, Konkretisierungen gesprochen, die wieder gleich als unmöglich angesehen werden. Dabei solle doch hier heute nur über die Variante 1 beschlossen werden, sodass dann anschließend „in die Tiefe“ weitergeplant werden könne.

Mit Blick auf den Ursprungsbeschluss gehöre schon so eine Art Einvernehmen dazu zu sagen, dass „alle diesen Weg gegangen“ seien. Alle würden die Diskussionen zur Altstadt und zur Gerostraße kennen; und nun liege hier etwas vor, aber einige beginnen wieder damit, das schon jetzt zu zerreden. Insofern könne er nur nochmals appellieren und darum bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dietrich: Brandenburg an der Havel sei über 1000 Jahre alt. Dementsprechend habe sich da irgendwann einmal ein Straßennetz entwickelt, und so werde wohl jede bauliche und Straßenveränderung innerhalb der Stadt irgendwo mehr oder minder so eine Art Behelf bleiben und niemals ganz optimal sein können. So müsse man eben versuchen, davon die beste Möglichkeit herauszufinden. Das wäre mit der Vorlage relativ gelungen.

An Frau Lang gewandt betone er, dass man nun einmal in einer Stadt und nicht in einem Dorf wohne. Eine Stadt brauche Straßen und auch entsprechende Parkplätze. Im Moment sei das Stück Straße einschl. Bürgersteig komplett versiegelt. Vielleicht ergebe sich später mal die Möglichkeit, eine Kombination zu schaffen (Rasengittersteine, kleine Bäume, Ladesäulen für E-Autos etc.). Es gehe also nicht um eine Zubetonierung, sondern um die Optimierung, um die bessere Nutzung eines Stückchens Straße.

Herr Müller: Bezogen auf die Frage nach dem Radweg sei vermutlich die Verlängerung der Gerostraße mit Einbindung der W.-Sänger-Straße angesprochen worden. Hier werde tatsächlich der Radverkehr von der neuen verlängerten Gerostraße auf die W.-Sänger-Straße geführt. Die W.-Sänger-Straße befinde sich im Bestand, auch jetzt aktuell würden die Radfahrer dort so auf dem Bereich in einem Angebotsstreifen fahren. Das sei nicht optimal. Aber die Stadt habe zunächst einmal den Auftrag, die Gerostraße weiterzuentwickeln. Welche Mittel und Planungsleistungen dann noch fortfolgend zur Verfügung stünden, müsse man im Weiteren sehen. Aber man müsse an der Stelle einfach auch mal einen „Schnitt setzen“, ansonsten gelange man zu keinem Ende.

Er habe im HA nicht gesagt, dass es dem Verkehr so schwer wie möglich gemacht werden soll, sondern es sei nicht gewollt, dass der MIV (motorisierter Individualverkehr) von Norden aus in die Altstadt hineinfahre so, wie es jetzt geschehe. Und das sei im Übrigen auch der Arbeitsauftrag, den die Verwaltung von der SVV erhalten habe, nämlich die Verkehrsberuhigung der Altstadt mit der Verlängerung der Gerostraße. Ziel sei es, den Verkehr so zu leiten, dass der Autofahrer den Ring – dieser werde dafür auch ausgebaut - wählt, Radfahrer und Fußgänger können natürlich weiter den kurzen Weg nehmen. Natürlich gebe es eine Verkehrsverlagerung. Aber aktuell fahre größtenteils viel Verkehr durch die Altstadt. Natürlich sollen Anwohner und Anlieger zukünftig noch dorthin gelangen, aber man wolle nicht diejenigen dort haben, die den Weg einfach als Abkürzung nutzen.

Es gebe ja unterschiedliche Leistungsphasen, gerade befinde man sich in der Leistungsphase 2, also in der Vorplanung. Insofern sollte hier heute nicht über Details diskutiert werden, das erfolge noch im Weiteren bis hin zur Ausführungsplanung.

Eine Ostumfahrung sei tatsächlich nicht möglich.

Natürlich müsse man sich die Frage stellen, ob man eine Verkehrsberuhigung in dem Bereich (Altstadt) haben wolle oder aber nicht. Vorab habe man den Versuch unternommen (vor ca. 3 Jahren), das mit anderen Mitteln zu versuchen. Dementsprechend habe es dann den Beschluss der SVV gegeben, die Verlängerung der Gerostraße im zweiten Anlauf umzusetzen. Er denke, das sei ein sehr guter Weg, eine Verkehrsberuhigung der Altstadt zu erwirken.

Bezogen auf die Ausführungen von Frau Kornmesser, bestätige er, dass es nach wie vor für die Innenstadtbewohner oder die Anlieger möglich wäre, weiter auch diese Wege zu nutzen.

Zu der Kritik von Marx: Es habe durchaus sehr intensive Auseinandersetzungen gegeben. Es gebe zwei Arbeitsaufträge der SVV, und zwar einmal der Städtebau und ein weiteres Mal der Verkehr. Durchgeführt worden seien eine Bürgerbeteiligung und ein Rundgang. Parallel dazu habe die Verkehrsplanung stattgefunden. Der Städtebau sei also (wie beauftragt) weiter im Fokus der Planung, aber es müsse erst bekannt sein, wie die von der SVV präferierte Vorzugsvariante aussehe, um weiterarbeiten zu können. Im Übrigen werde sich dort (südliche Brielower Straße) ein neues Stadtfeld ergeben mit einem neuen Stadteingang durch die Verjüngung der Straße auch hin zum Gartendenkmal. Es gebe natürlich eine breite Beteiligung (man könne es auch Verkehrsforum nennen), wo auch die von Frau Marx angesprochenen Punkte mit eingebracht werden können.

Zu den Themen des Antrags der AfD-Fraktion werde natürlich auch nochmals geprüft, was möglich wäre. Und auch die von Herrn Riethmüller erwähnte Mittelinsel sei schon wieder obsolet. Aber es handele sich schließlich um eine Vorplanung und für die nächsten Schritte brauche die Verwaltung einfach zunächst einmal einen Planungsstand. Von daher könne er nur um die Zustimmung zur Vorlage bitten.

Herr Paaschen: Er lasse nun den Antrag und die Vorlage abstimmen. Zwar sei der Antrag zurückgezogen worden, aber trotzdem müsse zu diesem formal abgestimmt werden.

### **Geschäftsordnungsantrag:**

Herr Holzschuher: Es müsse nicht über den Ergänzungsantrag der AfD abgestimmt werden, weil diese ihn zurückgenommen habe. Die Situation sei eine andere, als die in der letzten Sitzung. Die Nichtrücknahme eines Antrages beziehe sich auf den Haupt- bzw. Kernantrag. Hingegen gehe es nicht darum, Ergänzungs- und Änderungsanträge zu einem Hauptantrag nicht ändern zu können. Bis zur Abstimmung könne ein Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag geändert werden, mehrere in einem zusammengefasst und natürlich auch zurückgenommen werden, wenn eine Abstimmung nicht gewollt sei. Denn die Hauptsache, also der Hauptantrag oder die Hauptvorlage, sei das Entscheidende. Vielleicht könne sich das Rechtsamt hierzu noch äußern.

Herr Paaschen: Ihm sei im Rahmen der vorherigen Sitzung etwas anderes gesagt worden. Er frage also das Rechtsamt nach dem Verfahren.

Herr Schmidt: Die SVV habe zu Beginn der Sitzung mehrheitlich die Tagesordnung beschlossen. In dieser Tagesordnung enthalten sei als ein Tagesordnungspunkt der Ergänzungsantrag der AfD. Es stehe der Fraktion AfD jetzt nicht zur Verfügung, diesen Ergänzungsantrag gegen den Beschluss der Mehrheit wieder zurückzunehmen; schließlich gebe es einen mehrheitlichen Beschluss zur Tagesordnung. Er zitiere auch

gerne aus der Geschäftsordnung (§ 10):

„Die Stadtverordnetenversammlung kann Tagesordnungspunkte

- a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,
- b) an die Ausschüsse, Ortsvorsteher oder Ortsbeiräte verweisen oder
- c) ihre Beratung vertagen.“

Herr Paaschen: Somit lasse er zunächst den Ergänzungsantrag abstimmen – formal -, obwohl die einreichende Fraktion erklärt habe, dass sie den Antrag zurückziehen wolle.

### **Abstimmung über den Ergänzungsantrag 154/2023:**

7	Stimmen dafür
mehrheitliche	Ablehnung

Der Ergänzungsantrag wurde abgelehnt.

---

### **Beschlusstext:**

„1. Die Vorplanung mit den Variantenuntersuchungen und die Bürgerbeteiligung werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 1 als Vorzugsvariante weiter zu verfolgen und die Bearbeitung bzw. Planung fortzusetzen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die städtebauliche Planung auf Grundlage der Variante 1 fortzuführen.“

---

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage 101/2023:**

mehrheitliche	Zustimmung
2	Gegenstimmen

Die Beschlussvorlage wurde angenommen.

**Beschluss-Nr. 101/2023**